



Arbeitsgemeinschaft der haupt- und ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis OH

An die Redaktionen
von Presse, Hörfunk und Fernsehen

Ansprechpartnerin
Christine Ewers/ Silke Meints
Tel.: 04521-788-445/-430
e-mail: gb@kreis-oh.de

Anschrift
Gleichstellungsbeauftragte
Kreis Ostholstein
Lübecker Str. 41
23701 Eutin

Datum
17.11.03

Aus Anlass der Beratungen im Finanzausschuss des Kreises Ostholstein am Dienstag, dem 18. November 2003, über Kosteneinsparungen im Kindertagesstätten- und Jugendhilfebereich, haben die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten folgende, gemeinsame Erklärung herausgegeben:

Die Arbeitsgemeinschaft der Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Ostholstein hält die vorgeschlagene Verminderung der Zuschüsse zu den Personalkosten für Kindertagesstätten, sowie die weiteren angedachten Mitteleinsparungen im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendförderung für nicht geeignet, dem Ziel einer besseren Gleichstellung der Geschlechter in unserer Gesellschaft - und damit auch in unserem Kreis - näherzukommen.

Die Verminderung der Zuschüsse zu den Personalkosten der Kindertagesstätten auf 6,4% bedeutet nahezu die Halbierung der bisher geleisteten Zuschüsse.

Da weder die Gemeinden Geld haben noch die Träger der Einrichtungen, können diese Kürzungen nur zu Lasten der Eltern bzw. den bisherigen Qualitätsstandards in der Betreuung gehen. Voraussichtlich noch mehr Eltern werden dann vor der Frage stehen, ob Berufstätigkeit während der Vorschulzeit finanziell zu verkraften ist. In einzelnen Fällen wird dies dazu führen, dass Berufstätigkeit - und zwar meist die der Frauen - aufgegeben wird. Dies wiederum bedeutet neben Vereinzelung der betroffenen Frauen in der häuslichen Situation, Ausfälle von Konsumkraft, Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträgen.

In vielen Fällen steigen für Eltern die finanziellen Belastungen. Eine Erhöhung der Elternbeiträge für einen KiTa-Platz um 17,- bis 20,- Euro monatlich werden angedacht. Dabei sind Kindergärten mit Halbtagsplätzen bereits heute – mit bis zu 126,- Euro im Monat – nicht gerade preiswert.

Auch durch die weiteren angedachten Beschlüsse zur Einsparung im Kinder- und Jugendbereich werden Eltern belastet, so durch die geplante Reduzierung der Fahrtkostenzuschüsse für Jugendfahrten und internationale Begegnungen.



Arbeitsgemeinschaft der haupt- und ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis OH

„Kinder-zu-haben“ wird für die Mehrzahl der Eltern teurer. Es besteht die Gefahr, dass hierdurch der Geburtenrückgang verschärft wird. Bereits jetzt bleibt jede dritte Frau kinderlos. Die durchschnittliche Geburtenrate von 1,3 Kindern pro Frau in Deutschland gehört zu den niedrigsten in Europa. Dies bringt bereits jetzt Probleme für die sozialen Sicherungssysteme. Steigen die finanziellen Belastungen für Eltern weiter, dann wird sich diese Lage verschärfen.

Der Bildungsauftrag von Kindertagesstätten wird trotz der Ergebnisse der PISA-Studie seit Jahren vernachlässigt. Gerade die Erfahrungen aus nordischen Ländern zeigen, dass der frühkindlichen Bildung besondere Bedeutung zukommt. Eine Verbesserung der frühkindlichen Bildung fordert allerdings mehr statt weniger Mittel.

Statt Kindertagesstätten vor allen Dingen als kostenintensive Aufgabe anzusehen, sollte der volkswirtschaftliche Nutzen in den Blickpunkt rücken.

Zahlreiche Untersuchungen weisen nach, dass Ausgaben für Kindertagesstätten aus volkswirtschaftlicher Perspektive als Investition verstanden werden müssen, wenn die angebotenen Betreuungszeiten die Erwerbstätigkeit der Mütter ermöglichen. Eine solche Angebotsstruktur von KiTas führt zu einer volkswirtschaftlichen Wertschöpfung, da sie nicht nur die verfügbaren Nettoeinkommen der Familien und damit ihr Potential für Konsumausgaben erhöht. Darüber hinaus führt sie auch zu höheren Einnahmen für die öffentlichen Haushalte durch die zusätzliche Einkommenssteuer sowie Beiträge zu den Sozialversicherungen. Auch werden Sozialleistungen z.B. Hilfe zum Lebensunterhalt, eingespart. Die Erträge durch die Berufstätigkeit der Mütter, der Erzieherinnen und Erzieher sowie die Vermeidung von Frauenarbeitslosigkeit fallen dabei besonders ins Gewicht.

Vor diesem Hintergrund sind nicht Kürzungen, sondern Investitionen notwendig. Investitionen in den Ausbau der Angebotsstruktur von Kindertagesstätten, in Krippen und Horte, die zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Müttern führen und somit zur Erzielung zusätzlicher volkswirtschaftlicher Wertschöpfung beitragen.

Die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Gleichstellungsbeauftragten des Kreises Ostholstein betrachten die geplanten Kürzungen mit großer Sorge und halten sie aus den vorgenannten Gründen für nicht vertretbar.

Unterzeichnerinnen:

Christine Ewers/ Silke Meints, Gleichstellungsbeauftragte Kreis Ostholstein

Sigrid Wassermeyer, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Bad Schwartau

Annette Rudolph, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Eutin

Giesa Wulf, Gleichstellungsbeauftragte Stadt Fehmarn

Birte Engels-Rettig, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Ahrensböök

Bianca Ahrendt, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Bosau

Cornelia Litz, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Grömitz

Christel Georgi, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Großenbrode

Hedy Gudegast, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Malente

Bärbel Vornweg, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Ratekau

Guntrud Finkeldey, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Scharbeutz

Jutta Blunck, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Süsel

Gabi Schau, Gleichstellungsbeauftragte Gemeinde Timmendorfer Strand

Margret Carstens, Gleichstellungsbeauftragte Amt Lensahn

Helga Hagedorn, Gleichstellungsbeauftragte Amt Schönwalde

Christiane Helbing, Gleichstellungsbeauftragte Amt Oldenburg-Land